

AL INFO

www.al-zh.ch


AL-Stadtrat in Schaffhausen.

In Schaffhausen hat die AL geschafft, was in Zürich noch bevor steht: Die Wahl in die Exekutive. Simon Stocker erzählt im Interview von seinen Erfahrungen.

Seite 3



Abzockerinitiative.

Die Mindervorlage kommt im März zur Abstimmung. Die Initiative polarisiert, auch innerhalb der AL. Niklaus Scherr versucht etwas Klarheit zu schaffen.

Seite 6

Wolffs Wahlkampfauftakt in der Kanzleiturhalle

Dayana Mordasini | **Die Turnhalle war voll von Menschen, vor allem die Szene der in den 80er Jahren Jungen war anwesend.** Das liebevoll zubereitete Buffet war heiss begehrt und die Stimmung war locker, fast familiär. Niklaus Scherr eröffnete den AL-Neujahrsapéro und den Wahlkampfauftakt von Richard Wolff mit einem Rückblick aufs 2012, welcher auch ein deutlicher Werbespot für die AL darstellte. Die Wahlerfolge in Bern und vor allem Schaffhausen, wo seit Januar Simon Stocker die AL im Stadtrat repräsentiert, gefolgt vom grossen Engagement der AL-Zürich beim Unterschriften sammeln für die Pauschalsteuerinitiative mit der klaren Aussage, dass die Aufwärmphase erfolgreich verlaufen ist und nun mit voller Energie auf die Wahlen im März geblickt werden kann. Dass Richard Wolff den grössten politischen Rucksack und damit als einziger linker



«Ich würde Wolff wählen, wenn ich in Zürich wählen könnte». Benedikt Loderer (links) mit Richard Wolff in der Kanzleiturhalle.

und grüner Kandidat für die Ersatzwahl im Zürcher Stadtrat gilt, ist unbestritten, die Strategie bei den Links-Grünen hingegen nicht klar. Ist er doch der einzige Kandidat, aber muss man nicht auch die Freisinnigen in die Regierung einbinden? Nein, denn wenn Zürich bezahlbare Wohnungen und

weniger Autoverkehr will, dann müssen die Wahlberechtigten diejenigen wählen, welcher fähig und willig ist, dies auch umzusetzen: Richard Wolff, 55, politisches Kind der Jugendbewegung mit den Anfängen in der Roten Fabrik, aktiv beim VCS und im Mieterverband. Der Text des NZZ-Artikels «Wolfsdemokratie jenseits von Gut und Böse» ist so passend auf den Stadtwolf und Stadtratskandidaten der AL, dass Niklaus Scherr Teile davon direkt vorgelesen hat. «In der Bevölkerung dagegen sind die Wolffskeptiker deutlich in der Minderheit», was der AL eine gute Ausgangslage für die Wahlen gibt, muss diese Mehrheit lediglich am 3. März ihre Stimme für den Wolff in die Urne legen, denn «Zürich braucht einen Wolff. Einen mit Biss». Damit war die Katze respektive der Wolff aus dem Sack und der Wahlslogan wurde mit Begeisterung und entsprechendem Applaus präsentiert. Danach kam der Wolff persönlich auf die Bühne und erklärte den Anwesenden eindrücklich seine Motivation und warum er der geeignete Kandidat für die Stadtratsersatzwahl vom 3. März ist. Dies kann auf Seite 5 nachgelesen werden.

AL FINANZEN

Eine Stadtratswahl kostet Geld. Wir sind dankbar um jede Spende. Bei der Zahlung bitte «Wolff» hinzufügen.

Alternative Liste Zürich, PC 87– 63 811– 5



Christian Besmer ist Mitgründer der AL Horgen

Reduktion der Grundstückgewinnsteuer

Kein Geschenk für Grundbesitzer

Niklaus Scherr | **Dank Eigentumsgarantie werden Grundbesitzer bei planerischen Ab- und Auszonungen vom Staat grosszügig entschädigt.** Planerische Mehrwerte, die den Eigentümern dank Ein-, Um- und Aufzonungen ohne eigenes Zutun in den Schoss fallen, sind dagegen weiterhin von jeglichen Abgaben befreit – obwohl das Raumplanungsgesetz des Bundes den Kantonen seit 1980 eine Mehrwertabgabe vorschreibt.

Mindestens wenn es zu einem Verkauf kommt, wird über die Grundstückgewinnsteuer ein Teil der Bodenwertsteigerung abgeschöpft. Der Basissatz beträgt 40%, sinkt schrittweise auf ein Minimum von 20% bei einer Besitzdauer von 20 Jahren und erhöht sich dank Spe-

kulationszuschlag auf 50% bei zwei und 60% bei einem Jahr Besitzdauer.

Schon heute haben juristische Personen wie Immobiliengesellschaften eine Reihe von Schlupflöchern etabliert, um diese griffige Steuer, die deutlich höhere Sätze aufweist als die ordentliche Gewinnsteuer, wenigstens partiell zu umgehen. Der Hauseigentümerverband wollte mit einer kantonalen Initiative die Grundstückgewinnsteuer drastisch reduzieren und nach 20 Jahren Besitzdauer komplett abschaffen. Da die Initiative klar gegen Bundesrecht verstösst, konzipierte die bürgerliche Kantonsratsmehrheit einen Gegenvorschlag, über den wir am 3. März abstimmen. Danach soll die Steuer je nach Besitzdauer bis zu

einem Drittel reduziert werden.

Die Grundstückgewinnsteuer ist eine wichtige Einnahmequelle der Gemeinden, vor allem für die Finanzierung von lokalen Infrastrukturen. Ein Ja zum Gegenvorschlag würde Einnahmehausfälle von rund 75 Millionen Franken bringen, davon fast ein Drittel allein in der Stadt Zürich.

AL neu in Horgen

Christian Besmer | **Es gibt im Bezirk Horgen zahlreiche Mitglieder und Interessierte der Alternativen Liste. Im ersten Quartal 2013 soll die Bezirkspartei gegründet werden.** An einer Vorbereitungssitzung wurden Statuten und ein Positionspapier erarbeitet. Beides wird an der Gründungsversammlung vom 9. Februar 2013 zur Abstimmung gebracht. Die Statuten sehen pro Gemeinde eigene Sektionen vor. In der Praxis wird es in Langnau, Thalwil und allenfalls Adliswil und Horgen eigene Ortsparteien geben.

Zu den Initianten gehören Pascal Werner aus Thalwil und Christian

Besmer aus Langnau. Im Positionspapier verpflichtet sich die künftige AL-Horgen zu einer sozialen, solidarischen und ökologischen Politik und bekennt sich klar zu einem starken Service Public. Ernst Joss, Mitbegründer der AL-Bezirkspartei Limmattal gab den Gründungswilligen praktische Tipps zur Gründung und zum Aufbau der Bezirkspartei. Er ist neues Mitglied der paritätischen Kommission der kantonalen Pensionskasse Zürich. Er wird an der Gründungsversammlung über die Hintergründe des Pensionskassenskandals informieren. Wir heissen Interessierte herzlich willkommen.

ALPAROLEN

Abstimmungen vom 3. März 2013

Empfehlungen des Vorstandes an die VV vom 24. Januar 2013

BUND

Familienpolitik (Bundesbeschluss)	JA
Minderinitiative. Parole wird an VV vom 24. Januar beschlossen	-
Raumplanungsgesetz (Revision).	JA

KANTON

1A Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen. Der Kantonsrat will obligatorische Lehrerausbildung für Schulleiter abschaffen.	NEIN
1B: Gegenvorschlag	JA
1C: Stichfrage Gegenvorschlag	
Steuergesetz (Grundstückgewinnsteuer). Gegenvorschlag des Kantonsrats zur HEV-Initiative	NEIN
Mittelschulgesetz. Hauswirtschaftskurse im Frühgymnasium.	NEIN
Einmaleinlage zur Sanierung der Versicherungskasse.	JA

STADT ZÜRICH

Bau einer Klärschlammverwertungsanlage Werdhölzli. Objektkredit von CHF 68 Millionen.	JA
Neuordnung zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.	JA
Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen. Grundkapital von CHF 80 Millionen.	JA
Richard Wolff in den Stadtrat	



Dayana Mordasini führt das Sekretariat der AL

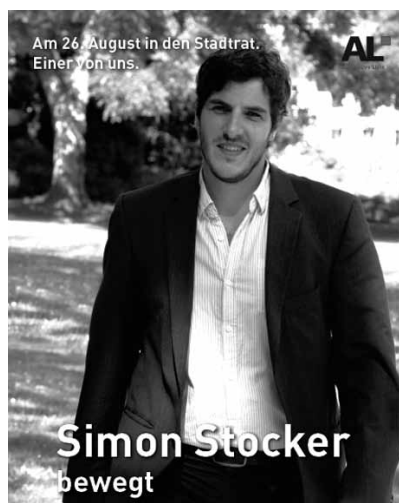
Ein AL-Stadtrat für Schaffhausen

Dayana Mordasini | Simon Stocker hat im Januar 2013 sein Amt als Stadtrat von Schaffhausen im Bereich Soziales, Altersbetreuung und Sicherheit angetreten. Wie der 31-jährige selbstständige Stadtentwickler die Wahl geschafft hat und wie er diese Herausforderung anzugehen denkt, hat er der Autorin erzählt.

Die AL Zürich wird im März in die Wahlen um einen Sitz im Stadtrat antreten. Es interessiert die AL Zürich besonders, wie es die AL Schaffhausen geschafft hat, einen Vertreter in der Exekutive zu stellen.

Die Ausgangslage im letzten Frühling war ideal, um in der Gesamterneuerung der Schaffhauser Exekutive mitzubieten. Es gab einen frei zu besetzenden Sitz im Sozialreferat (so werden in Schaffhausen die Ämter genannt) und der Stadtrat von Schaffhausen stand in den letzten 4 Jahren oft in der Kritik, der Wunsch nach Erneuerung und einem Wechsel bei den Wählerinnen und Wählern war evident. Als weiterer äusserer Umstand die Tatsache, dass ein Jung-SVPLer kandidierte und der Wunsch nach Jugendlichkeit war im Wahlkampf spürbar. Als AL-eigenes Erfolgsrezept wertet Simon Stocker den sackstarken grafischen Auftritt, welcher in Zusammenarbeit mit einem Künstler erarbeitet worden war. Die Plakate waren durchaus eine Alternative zu denen der anderen Parteien. Simon Stocker hat innerhalb der AL Schaffhausen als einziger Ambitionen geäussert und sich für ein Amt im Stadtrat zur Verfügung

gestellt. Mit seinem beruflichen Hintergrund als Sozialarbeiter und seinen Erfahrungen im Stadtschulamt als Jugendbeauftragter und für Pro Senectute ist er thematisch



nah an den verlangten Kompetenzen für das Sozialreferat. Er bezeichnet sich selber nicht als AL-Hardliner, ist eher die interne «Spassbremse» und sieht sich als konsensorientiert. Die AL konnte im Wahlkampf deutlich machen, dass jetzt Kompetenzen und Alternativen gefragt sind, und dass sie diese in der Person Simon Stocker bieten können.

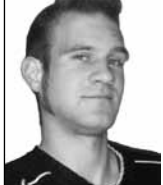
In den Wahlkampf selber hat neben einem Kernteam von 5 Personen vor allem er selber persönlich investiert, die gesamte Korrespondenzarbeit, Websitepflege und den Auftritt auf facebook bewerkstelligt. Ausschlaggebend wertet Simon auch, dass er durch seine berufliche Arbeit sowohl als Jugendbeauftragter wie auch als Stadtentwickler sehr gut vernetzt ist. Viele WählerInnen, welche zwar nicht die AL, wohl aber die Person Simon Stocker kannten, haben ihn gewählt, viele dieser Kontakte hat er über social

media aktiviert. Zudem fallen ihm öffentliche Auftritte leicht und an den vielen Podiumsdiskussionen hat er gut abgeschnitten, hat den Menschen vermitteln können, «einer von uns» zu sein.

Als wichtiger Punkt wertet Simon auch, dass der Wahlkampf sehr Themen orientiert lief und auf die Veränderung und die Betonung der persönlichen Kompetenz abzielte, statt auf das Versagen der bisherigen und das Schlechtmachen von anderen Kandidaten. Diese Strategie hat anscheinend die 5786 WählerInnen von Schaffhausen überzeugt und ihn mit dem drittbesten Ergebnis in die Regierung gewählt.

Und jetzt?

Simon Stocker sieht dem 70% Engagement gelassen entgegen. Er freut sich auf seine neuen Aufgaben und die Zusammenarbeit mit seinem künftigen Stab an MitarbeiterInnen. Wie er Vorlagen, gegen welche die AL die Stimme erhebt, vor dem Volk verkaufen will, wird sich zeigen. Ein Vorteil seiner Jugendlichkeit, dass vorerst noch keine Familie im Hintergrund auf seine Präsenz wartet und er seine Energie voll in den Beruf und die Berufung stecken kann, ein Nachteil vielleicht, dass seine Teilnehmen an illegalen Parties etwas darunter leiden wird, da er als oberster Sicherheitsverantwortlicher von Schaffhausen den Interessenkonflikt bei Lärmklagen schlecht wird schlichten können. Wir wünschen Simon Stocker jedenfalls einen guten Start einen guten Start und dem Zürcher Wahlvolk denselben Wunsch nach einer Alternative im Stadtrat.



David Berger sitzt für die AL im Winterthurer Gemeinderat

Wintertur

Mörderischer Steuerwettbewerb

David Berger | **In Winterthur ist der Rasenmäher-Angriff der Mitte-Rechts-Parteien auf das städtische Budget im Gemeinderat geglückt.** Nachdem es nach der ersten Sitzung danach ausgesehen hat, als würde die Stadt ohne Budget dastehen, haben mehrere Parteien doch noch umgeschwenkt. Die SVP machte eine Kehrtwende und nahm das Budget an, die SP und Teile des EVP enthielten sich der Stimme. Nur die AL und die Grünen blieben bei ihrer Ablehnung.

Wir haben in der Stadt Winterthur unbestritten ein finanzielles Problem. Es ist bezeichnend, wenn nun verschiedene Seiten wiederholen, dass Steuererhöhungen um jeden Preis vermieden werden müssen. Und somit kommen wir zum Kern der ganzen Problematik. Entgegen der landläufigen Meinung haben wir nicht immer höhere Steuern, im Gegenteil. So ist der Steuerfuss in der Gemeinde Winterthur in den vergangenen 10 Jahren um 9% gesunken. Es werden auch sonst laufend Steuern gesenkt – und das natürlich für jene, die selber schon genug in der Tasche haben. Zwei bekannte Beispiele sind die Erbschaftssteuer oder das Abschiedsgeschenk von Alt-Bundesrat Merz, die Unternehmenssteuer-Reform II. Auch in Zukunft sieht es nicht anders aus – so soll im nächsten Jahr die Unternehmenssteuer im Kanton Zürich gesenkt werden. Dem Kanton und den Gemeinden gehen dadurch 850 Millionen Franken flöten! Zusammen mit den neuen Aufgaben, welche fortlaufend vom Kanton an die Gemeinden delegiert werden, lässt sich die Problematik gut er-

klären. Das ist das Resultat des gnadenlosen Steuerwettbewerbs, welcher nichts anderes ist als eine Umverteilung von unten nach oben ist. Eine Steuererhöhung in Winterthur wird unumgänglich sein – auch wenn es die Tiefsteuer-Dogmatiker strikt ablehnen. Alles darf zerschlagen werden, solange die Steuern nicht steigen. Ein

zynisches Spiel, unter welchem schlussendlich die Städte und dort vor allem die einfachen Leute leiden werden. Gleichzeitig werden an die wahre Klientel von SVP, FDP und den anderen bürgerlichen Parteien weiter Geschenke verteilt. Dieses Verhalten gilt aufzuzeigen, damit alle verstehen, was in der Finanzpolitik schief läuft.

Grossraum Zürich

Ernst Joss | **Die Stadt Zürich ist über ihre Grenzen hinaus gewachsen. Die AL fragte sich an einer Versammlung in Dietikon, wie der Grossraum Zürich organisiert werden soll.**

Die heutigen Grenzen der Stadt Zürich entstanden in zwei Eingemeindungen: 1893 und 1934. Heute ist die Stadt Zürich weit über die Grenzen von 1934 hinaus gewachsen. Dies führt zu seltsamen Situationen. Warum soll ein Bewohner aus Schwamendingen zum Sechseläutenplatz etwas zu sagen haben und der Dietiker nicht? Warum muss ersterer dafür bezahlen und letzterer nicht? Auch versteht niemand, warum die Dietiker höhere Steuern bezahlen müssen als die Stadtzürcher.

Deshalb die Vision eines Grossraumes Zürich. Dieses sollte um die umliegenden Gemeinden erweitert werden. Dieses Grosszürich wäre dann in Stadtkreise mit einem eigenen Parlament aufgeteilt. Man könnte sich vier grosse Kreise Zürich City, Zürich Limmat, Zürich Nord und Zürich Glattal vorstellen.

Welche Aufgaben man dem gesamten Grosszürich und was den einzelnen Kreisen zuordnet, müsste diskutiert werden. Probleme stellen sich auch in andern Teilen des Kantons. Hier müssen oft kleine Gemeinden grosse Probleme lösen. Die AL wird sich aus in Zukunft mit heute noch utopisch anmutenden Ideen beschäftigen. Die Probleme der Grossregion Zürich rufen nach neuen Lösungen.



Dietikon oder Zürich, Stadt oder Land?



Manuela Schiller vertritt die AL in der Interparteilichen Konferenz

Zürich braucht einen Wolff

Dayana Mordasini | Richard Wolff steigt hochmotiviert in den Stadtratswahlkampf, nach 30 Jahren Oppositionspolitik will er aktiv gestalten. Seine persönliche Ausgangslage ist optimal: seine Kinder gross genug, sein Geschäft läuft auch mit seinem Partner weiter; damit verfügt er über genügend Zeit, Ressourcen, Knowhow und die nötigen Beziehungen. Seine vier politischen Hauptziele stützen sich auf wichtige Richtungsentscheide der Zürcherinnen und Zürcher: mehr gemeinnützige und bezahlbare Wohnungen, Reduktion des Autoverkehrs, Ausbau der Kinderbetreuung und die 2000-Watt-Gesellschaft. Richi Wolff kämpft für eine Stadt, die

niemanden ausschliesst – ohne Diskriminierung und Marginalisierung von Randgruppen, ohne staatliche Repression gegen Minderheiten.

Was Schaf(f)hausen gelungen ist, soll auch in Wolffszürich möglich sein. Mit diesem hoffnungsvollen Motto startet Richi Wolff. Beim Wahlkampfauftritt im Kanzlei von Stadtwanderer Benedikt Loderer befragt, pariert er eloquent und schlagfertig. Das Hauptproblem für den stagnierenden Anteil an Genossenschaftswohnungen? Es ist der Mangel an Land, das entweder vergeben ist oder zu teuer. Um an Bauland zu kommen, muss der Stadtrat neue

planerische Regelungen entwickeln und den Druck auf die Grundbesitzer SBB und Kanton erhöhen, ihr Land nicht zwingend an den Meistbietenden zu verkaufen. Bei der Verkehrspolitik fordert der langjährige VCS-Experte Wolff, dass die Stadt bei den Velorouten durchaus eine Zacken zulegen kann und bei Massnahmen auf Strassen unter kantonaler Hoheit gegenüber den kantonalen Behörden dezidiert auftreten soll. Der Stadtrat müsse viel mehr betonen, dass er in einem Auftrag handelt, den ihm das Volk erteilt hat. Diesen Auftrag, etwa das Ja zur Umverkehr-Initiative, will er als Stadtrat umsetzen – dazu braucht Zürich einen Wolff!

IPK – die AL soll doch richten

Manuela Schiller | **Die Interparteiliche Konferenz (IPK) des Bezirkes Zürich nominiert BezirksrichterInnen und StaatsanwältInnen aufgrund der Parteistärke.** Die AL erfüllte nach zwei Legislaturen im Kantonsrat alle IPK-Kriterien. Wir haben vor

gut einem Jahr ein Aufnahmege-such gestellt, welches zunächst abgelehnt wurde. Die IPK ist aber über die Bücher gegangen und die AL wurde nun aufgenommen. Markus Bischoff, Jürg Gasche, Till Kleisli und ich vertreten die AL in der IPK. Ziel der in der IPK-Parteien ist es, bei der Volkswahl von RichterInnen und StaatsanwältInnen gemeinsam KandidatInnen vorzuschlagen, für die KandidatInnen gemeinsam den Wahlkampf zu führen und Ansprüche ausserhalb der Konferenz stehender Gruppierungen gemeinsam abzuwehren. Aufgrund der aktuellen Wählerstärke im Kantonsrat stehen der AL 2,5 von 64 Richtersitzen am Bezirksgericht Zürich und 2 von 35 Staatsanwaltssitzen zu. Aufgrund zweier Rücktritte wurden zwei

Richterstellen frei. Die AL kann eine dieser Stellen besetzen. Anfangs Februar wird der Vorstand zuhause der IPK eineN KandidatIn nominieren. Sofern dieseR KandidatIn in der IPK eine Mehrheit findet, ist sie/er offiziell nominiert. Melden sich innert Frist keine weiteren KandidatInnen, erfolgt eine stille Wahl. Ansonsten kommt es zu einer Volkswahl. Die gemeinsamen KandidatInnen der IPK werden dann von allen Parteien der IPK unterstützt. Es ist damit sehr schwierig, ausserhalb dieses «Kartells» ordentliche RichterIn oder ordentlicher Staatsanwalt zu werden. Indem sich die AL entschieden hat, Mitglied der IPK zu werden, ist sie in dieser Frage in der Realpolitik angekommen. Mit allen Vor- und Nachteilen.

ALSTELLEN

Bezirksgericht Zürich

Die Alternative Liste sucht auf Frühling 2013 eine/-n vollamtliche/-n Richter/-in für das Bezirksgericht Zürich. Kandidaten/-innen verpflichten sich, einen Beitrag an die AL zu leisten. Bewerbungen bis 25. Januar 2013 an Manuela Schiller (Anwaltsbüro Delphinstrasse, Delphinstr. 5, 8008 Zürich oder schiller@delphin-anwaelte.ch). Sie steht auch für Auskünfte zur Verfügung 044 251 80 17 oder 079 472 59 83.



Niklaus Scherr ist AL-Gemeinderat in Zürich

Abzocker-Initiative

Die Linke im Populismus-Dilemma

Niklaus Scherr | **Abzocker-Löhne im zweistelligen Millionen-Bereich waren vor 20 Jahren in der Schweiz undenkbar. Heute sind sie gang und gäbe. Thomas Minder und seine Mitstreiter versprechen Abhilfe.** Sie wollen die Rechte der Aktionäre stärken –in der Erwartung, dass diese die wahnwitzigen Lohnexzesse stoppen.

Verteilkampf auf dem Buckel der Lohnabhängigen. Alle Linken, die derzeit ob der Minder-Initiative in Begeisterung ausbrechen, sollten zwei Dinge nicht vergessen:

- Hier wird immer ein Streit um die Verteilung der Beute ausgetragen, um den Entscheid, wer sich welchen Teil des produzierten Mehrwerts aneignet: die Kapitalbesitzer oder die Manager. Die Situation der mehrwertproduzierenden Lohnabhängigen, des «Bodenpersonals», und ihr Anteil am Kuchen wird völlig ausgeblendet. Seit 2011 verteilen viele börsenkotierte Konzerne – der Unternehmenssteuerreform von Merz sei Dank – jedes Jahr 8 – 10 Milliarden steuerfreie Dividenden an die Aktionäre und prellen den Staat um Hunderte von Millionen Steuereinnahmen. Der empörte Aufschrei der Aktionäre über diesen Steuer-Bschiss ist bis jetzt ausgeblieben...
- Die Aktionärs-«Demokratie» ist eine nette Illusion. Auch bei börsenkotierten Aktiengesellschaften sind Besitz und damit Stimmrecht ebenso ungleich verteilt wie in unserer Gesellschaft überhaupt. Nur ein Beispiel: bei den vier grössten Immobiliengesellschaften verfü-

gen 4 – 6% der Aktionäre über 90% der Aktien. Aktionärs-Oligarchie wäre der treffendere Begriff.

Ohnmächtige Kleinaktionäre.

Ich spreche aus Erfahrung. Ich habe in meinem Leben einmal Aktien gekauft: 10 Namenaktien von Sulzer, um 2009 beim Übernahmeputsch von Viktor Vekselberg dabei zu sein. Ich erinnere mich gut an die ohnmächtige Wut der 1'300 Kleinaktionäre, überwiegend Sulzer-Pensionäre, in der Eulach-Halle. Wäre das eine Gemeindeversammlung gewesen, hätten sie alle Abstimmungen haushoch gewonnen. So aber kamen jedesmal, wenn einer von ihnen die Stimmaste drückte, eine, fünf, zehn, vielleicht auch hundert oder tausend Stimmen zusammen, während Vekselbergs Statthalter mit einem Knopfdruck mehr als 10 Millionen Stimmen generierte und alle anderen locker wegpustete.

Aktionärs-Demokratie als Werkzeug der Raider.

Es waren im übrigen gerade Firmen-Raider und –Filettierer wie Martin Ebner, die mehr Macht und value für die Shareholder, sprich Aktionäre, forderten, um ihre Raubzüge auf die Grossbanken, auf Alusuisse und Lonza zum Erfolg zu führen. In dieser Hinsicht birgt die Abzocker-Initiative durchaus auch das Risiko von Kollateralschäden, etwa wenn sie zwingend die jährliche Einzelwahl der Verwaltungsräte vorschreibt und damit auch Spekulanten, die rasch Kasse machen wollen, in die Hände arbeitet. Immerhin sind in der Politik nicht ohne Grund vierjährige Amtsdauern nach einer Wahl die Regel...

Die Linke in der Populismus-

falle. Statt auf Einsicht und Mässigung der Aktionäre zu setzen und Reform-Illusionen zu nähren, muss die Linke klar für öffentlich-rechtliche Regulierungen kämpfen. Die Einsätze im Börsen-Casino müssen nach oben begrenzt, die Löhne mit einem Mindestplafonds nach unten geschützt werden. Die Linke hat dazu mit der Lohnbegrenzungs-Initiative 1:12 der Juso oder der Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften griffige eigene Instrumente zur Hand. Unabhängig von ihren konkreten Inhalten und ihrem Denkansatz stellt die Minder-Initiative heute ein Symbol und Signal gegen die Abzockerei dar. Von daher, aber auch angesichts der endlosen politischen Verschleppung und dem millionenschweren Grosseinsatz der economiesuisse wird wohl auch die AL nicht um eine Ja-Parole herumkommen.

ALLESER/-INNEN

Liebe Leute. Danke für das AL-Info. Ich bin auch wie meistens grösstenteils einverstanden ;-). Eure Parole zum Tierseuchengesetz erscheint mir aber schlicht katastrophal! Obrigkeitsgläubig (das sage ich, als notorischer Verteidiger der «Obrigkeit»), null informiert, null hinterfragt, kurzsichtig. Sprich alles andere als AL (falls das noch etwas mit «alternativ» zu tun hat). Mir scheint, ihr verpasst hier gerade eine grundlegende gesundheits- und sozialpolitische Debatte! Wie konnte das passieren? Liebe Grüsse Pierrot Hans.



Judith Stofer und Andreas Kirstein berichten aus den Räten

Lange Stunden im Rathaus

Judith Stofer, Kantonsrätin | **Nach 16 Stunden trost- und hirnloser Debatte war der Spuk vorbei.**

Bereits zum fünften Mal in Serie hatten die Bürgerlichen einen pauschalen Spar-Basar veranstaltet. Zur Auswahl standen Kürzungsanträge von 400 Millionen (SVP), 250 Millionen (BDP, EDU), 200 Millionen (FDP, CVP) und 100 Millionen (GLP). Dabei konnte sich die neue Fraktion der BDP erstmals im Rat profilieren. Ihr Kürzungsvorschlag von 250 Millionen Franken fand Gnade in den Augen der anderen Bürgerlichen. Finanzdirektorin Ursula Gut muss nun das Konto «4950 – Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen» um 250 Millionen Franken erleichtern, konkret: diesen Betrag anderswo im Budget streichen. Am Schluss konnten AL, Grüne und SP das Budget 2013 nur noch ablehnen.

Um einiges gehaltvoller verlief die eintägige Ratssitzung am 26. November 2012. Unter der Federführung von AL-Kantonsrat und PUK-Präsident Markus Bischoff wurde der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zum Korruptionsfall BVK debattiert. In seiner Rede hielt Markus Bischoff noch einmal fest, was zum Milliardendebakel bei der Beamten-Pensionskasse geführt hatte: Mangelhafte Organisation, fehlende personelle Ressourcen und ungenügende Kontrolle. Die Hauptverantwortung trägt dabei der Regierungsrat. Namentlich sind dies Eric Honegger (FDP), Christian Huber (SVP), Hans Holenstein (CVP) und die amtierende Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP). Die PUK BVK liess abklären, wer

für das Debakel bei der BVK haftet. Für die Gutachter ist der Fall klar: es haften die Regierungsräte. Entscheiden über eine Haftungsklage wird der neu gewählte BVK Stiftungsrat, der seine Arbeit Anfang Januar aufgenommen hat. An dieser Stelle möchte ich den 200-seitigen PUK-Bericht BVK wärmstens zur Lektüre empfehlen. Stellenweise liest er sich wie einen Krimi.

Andreas Kirstein, Gemeinderat | **«Tatsächlich hatte die kleine AL-Fraktion solide Budgetarbeit geleistet – und das, ohne sich politisch zu verbiegen.»**

schrieb die NZZ am 17.12.12 als Quintessenz der Budgetdebatte im Gemeinderat, um etwas später fortzufahren: «Neben vielen minder weltbewegenden Themen diskutierte der Rat aber auch ein paar gewichtige. So stellte AL-Gemeinderat Niklaus Scherr einen viel beachteten Sparantrag, der die Sanierung des historischen Depots bei der Kalkbreite betraf.» Das Lob aus dem bürgerlichen Leibblatt braucht uns nicht misstrauisch zu machen. Natürlich wünscht sich die NZZ nicht eine AL-regierte Stadt herbei, aber sie stellt fest, was auch ich nach gut 100 Tagen im Gemeinderat feststellen durfte: Die AL nimmt ihr Mandat sorgfältig, umsichtig und mit viel Engagement wahr. Dossierkenntnis, Hartnäckigkeit und ein unabhängiger Blick auf die politischen Zusammenhänge in der Stadt Zürich. Damit ist die AL für den Gemeinderat eine grosse Bereicherung und ich bin stolz hierzu meinen vorerst noch bescheidenen Beitrag leisten zu dürfen.

Neben den gemeinderätlichen Sitzungen jeden Mittwochabend, gehört auch mein Donnerstagsabend neu der Politik: In der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltsport werden die Geschäfte des Departements zusammen mit der Stadträtin Claudia Nielsen diskutiert und für den Gesamtrat vorbereitet. Zur Zeit beschäftigt sich die Kommission mit den Stadtspitalern und deren Finanzierung. Die Zukunft von Waid und Triemli ist seit Einführung der Fallpauschalen ungewiss. Es droht eine finanzielle Unterdeckung und die Gefahr, dass notwendige Investitionen aufgeschoben werden. Dies würde längerfristig eine Verschlechterung der städtischen Gesundheitsversorgung bedeuten, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Die Spitalfinanzierung wird stark durch die kantonale Politik dominiert, weshalb ich mich im neuen Jahr regelmässig mit unserem AL-Kantonsrat Kaspar Bütikofer zusammensetzen werde.

Dies widerspiegelt auch eine zentrale Erfahrung der ersten 100 Tage im Amt: Die Dinge sind häufig komplex und es braucht eine grosse Kenntnis der Dossiers, um sie im Rat in einer maximal fünfminütigen Rede auf den Punkt zu bringen. Doch wer hat schon Zeit sich in all die vielfältigen Geschäfte einzuarbeiten? Hier helfen nicht nur die langjährigen Fraktionskollegen, sondern es braucht für die AL-Fraktion auch den Austausch mit möglichst vielen Gruppen und Einzelnen, die unsere Politik unterstützen und uns ins Parlament und bald auch in die Stadtregierung wählen.



Marco Medici engagiert sich im Vorstand der AL Zürich

«Menschenrechte» und «Zahltag»

Marco Medici empfiehlt

Gret Haller | **Menschenrechte ohne Demokratie?** Aufbau Verlag. ISBN 978-3-351-02751-3

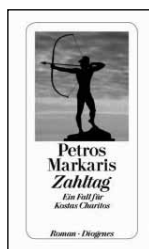


Die in Zürich geborene Juristin Gret Haller hat kürzlich ihr neuestes Buch vorgestellt. Es heisst «Menschenrechte ohne Demokratie?» und befasst sich auf wissenschaftlicher Basis mit dem Begriff und der Geschichte der Menschenrechte. Sie kommt so zurück auf ihren ersten Schwerpunkt, hat sie doch schon ihre Dissertation im Bereich der Menschenrechte angesiedelt. Aus ihrer Tätigkeit als feministische Anwältin entstammt das Buch «Frauen und Männer» (1983). Es folgte eine Tätigkeit als Mitglied der Berner Stadtexekutive, später war sie Nationalrätin und präsidierte diesen 1993/1994. Darauf wurde sie Botschafterin der Schweiz beim Europarat und schliesslich im Auftrag der OECD Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzegovina. Die Erfahrungen als Ombudsfrau und Diplomatin führten zum Buch «Die Grenzen der Solidarität» (2002) und später zum Buch «Politik der Götter» (2005). Die Grundthese des neuen Buches lautet: «Menschenrechte können nie aufgepfropft, sie müssen demokratisch ausgehandelt werden.» Und: Menschenrechte sind immer auch eine «Sprache der Unterdrückten». Exportierte Menschenrechte sind unsinnig, (durch Krieg) aufgezwungene Menschenrechte sind verwerflich. Waren die Menschen-

rechte während des kalten Krieges in Freiheit (These des Westens) und in Gleichheit (Position des Ostblockes) geteilt, so soll heute dank der Demokratie der Weg der Versöhnung von Freiheit und Gleichheit (so lautet der Untertitel des Buches) gegangen werden. Keine Freiheit ohne Gleichheit – Keine Gleichheit ohne Freiheit!

Manuela Schiller empfiehlt

Petros Markaris | **Zahltag. Ein Fall für Kostas Charitos.** Diogenes. ISBN 978-3-257-06841-2.



Der Athener Kommissar Kostas Charitos jagt im neusten Band der Serie den selbsternannten Nationalen Steuereintreiber. Bürger, die ihrer Steuerpflicht nicht nachgekommen sind, oder sich durch Korruption vor der Bezahlung drücken können, erhalten einen Brief, in welchem zunächst die Fakten zu ihrem Fall aufgelistet werden und ihnen eine fünftägige Zahlungsfrist eingeräumt wird. Die Briefe enden kurz und lapidar mit den Worten «widrigenfalls wird anders abgerechnet und sie werden liquidiert». Die ersten Adressaten nehmen diese Aufforderung nicht ernst und büssen es mit ihrem Leben. Weitere Steuersünder zahlen sofort, auf dem Finanzamt gehen innert zehn Tagen 7 Millionen Euro ein. Der Serienmörder wird zum Volkshelden. Der Autor liess auf der Buchrückseite der griechischen Ausgabe den Hinweis drucken: «Nicht zur Nachahmung empfohlen.» Damit hat der Autor

auch in seinem neuesten Kriminalroman ein sehr aktuelles Thema aufgegriffen. Alle Fälle des Kommissars Kostas Charitos sind nicht nur Krimis, sondern gleichzeitig auch eine Einführung in die aktuelle Geschichte und die konkreten Lebensverhältnisse der Menschen in Athen. Sie sind zudem auch die Geschichte einer Ehe und ein Reiseführer durch Athen. Es lohnt sich, die ganze Reihe zu lesen und mit dem ersten Band, in welchem JournalistInnen die Opfer sind, zu beginnen.

ALAGENDA

Cabaret Voltaire. Noch bis zum 27. Januar 2013: «Von Hollywood nach Pankow» Ein musikszenischer Abend über Hanns Eisler und die Frauen»

ALTERMINE

Donnerstag, 24. Januar 19 Uhr AL-Vollversammlung und Diskussion Abzockerinitiative. Volkshaus Zürich. Grüner Saal.

Donnerstag, 7. Februar 19 Uhr Immodorado. Spekulation in Zürich West. Restaurant Escherwyss, Hardstr. 305 Zürich.

Dienstag, 26. Februar 19 Uhr. AL-Vollversammlung

Sonntag 3. März. Stadtratswahl Zürich. Richard Wolff in den Stadtrat

VV-Termine. Do 21. März; Di 16. April; Di 28. Mai (GV); Di 25. Juni, jeweils 19h.

ALIMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Homepage www.al-zh.ch

Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich.

Mail sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Redaktion Dayana Mordasini, Niklaus Scherr